



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1919

116 (11.3.1919) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-184303](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-184303)

Mannheimer General-Anzeiger

Verantwortlich: Dr. Fritz Goldbaum, Dr. Fritz Goldbaum, für...

Badische Neueste Nachrichten Amtliches Verkündigungsblatt

Abend-Ausgabe: Die Spalt... Preis für den Abnehmer...

Die Folgen des Mannheimer Puffschusses.

oc. Karlruhe, 11. März. (Pr.-Tel.) Von der Landeszentralstelle der Arbeiter-, Bauern- und Volksräte wird...

Dieses Unheil hat die Bevölkerung den Terroristen von Mannheim zu verdanken, welche die Räterepublik ausgerufen haben...

Im übrigen fällt die Verantwortung der unabhängigen sozialistischen Partei zu, welche es duldet, daß ein kleiner Teil ihrer Anhänger durch ein sinn- und verantwortungsloses Treiben derartige Komplikationen und politische Nachteile heraufbeschwört.

ralen und Sozialisten, sprechen eufierdem ihre Mißstimmung darüber aus, daß man es garnicht für nötig gehalten hat, auch nur eine neutrale Nation bei der Aufstellung des Entwurfs zu Rate zu ziehen.

Auch was die deutschschweizerische Presse an Urteilen fällt, wird ja Herrn Wilson zum Bewußtsein bringen, daß er zurzeit mit der Liga der siegreichen Nationen sich nun völlig auf dem Holzwege befindet...

Die Schweiz und auch andere Neutrale könnten der Liga der Nationen aber nicht beitreten, wenn sie nicht auf ihre altverbrachte Neutralität verzichten wollten.

Am meisten dürfte aber Wilson wohl durch die Antwort überrascht sein, die aus dem Lande kommt, das sich zwar neutral nannte, aber von Kriegsbeginn bis zum Ende tatsächlich ein getreuer Parteigänger der Entente war.

Ergänzen muß, daß man etwas gegründet hat, was „Bund der Nationen“ genannt werden soll, ohne daß die höchstlebenden und kultiviertesten Nationen der Welt ein einziges Wort dabei mitreden durften.

Nach diesen Ausführungen dürfte Herr Wilson zu der Einsicht kommen, daß die Durchführung seines Völkerbundesprogrammes noch die größten Hebereschungen zur Folge haben kann.

Die Deutschen in Nordschleswig gegen die en Block-Abstimmung.

Flensburg, 10. März. (WB.) Der deutsche Ausschuss für Schleswig beschloß einstimmig für den Fall, daß in Nordschleswig im Gegensatz zu Mittelschleswig die en Block-Abstimmung verlangt wird, den Deutschen in Nordschleswig Stimmhaltung anzupfehlen...

Die Blockade.

London, 11. März. (WB.) Reuters. Unterhaus. Auf eine Anfrage des Liberalen Donald Maclean antwortete Minister Geddes, England müsse noch immer die Blockade gegen feindliche Länder aufrechterhalten.

Die Difelafur.

Berlin, 11. März. (Von unserm Berliner Büro.) Vor ein paar Tagen ist von Weimar aus eine Schilderung der russischen Volkswirtschaften angefangen worden, die zu ansehnlichen Prozedissen von Spartanismus und Bolschewismus versucht sind.

Das wird sich in einigen Wochen geändert haben und dann werden die diesen außerordentlich gut disziplinierten Truppen nichts Ebenbürtiges entgegenzusetzen haben. Was zur Zeit im Osten steht, sind freiwillige Organisationen, die zu ansehnlichen Prozedissen von Spartanismus und Bolschewismus versucht sind.

Die russische Volkswirtschaftenormee ist ein unis beachtlicher Gegner, als in ihr steuernde die Soldatenräte abgeschafft und statt...

ihrer Regimentsauschüsse eingesetzt worden sind, die sich lediglich mit militärischen Angelegenheiten befassen dürfen.

Das neue bayerische Ministerium.

München, 11. März. (Priv.-Tel.) Die „Münchener Post“ schreibt heute an der Spitze des Blattes unter der Überschrift „Vor der Entscheidung“ u. a.: Die deutschen Vertreter der Reichssozialdemokratie, der Unabhängigen und des Bayerischen Bauernbundes getroffenen Vereinbarungen haben auch die Zustimmung der bürgerlichen Parteien gefunden.

Das neue Ministerium dürfte sich danach folgendermaßen zusammensetzen: Hoffmann-Kaiserslautern (Präsident), Kullus und Neuhäuser, Segel (Inneres), Simon-Nürnberg (Handel, Gewerbe und Industrie), Unterklein (Soziale Fürsorge), Endres-Wirzburg (Justiz), Schnepfenhorst (Militär Angelegenheiten), Frauenfelder (Verkehr).

Rach der „Bayrischen Staatszeitung“ haben Abgeordnete der Provinz bereits die telegraphische Einberufung nach München erhalten. Es scheint sich um Enderungen durch die Fraktionen zu handeln.

Die Pressezensur in München.

München, 11. März. (Priv.-Tel.) Die „Münchener Post“, das Organ der Reichssozialisten, das bekanntlich nicht unter Aufsicht der Pressekommission des Zentralrates steht, befaßt sich nun auch mit den von der Presseabteilung des Zentralrates veröffentlichten Richtlinien über die Ausübung der Pressezensur.

Das die Herren des Presseamtes eine völlige partiellse Zensur ausüben können, ist für uns Menschen von Fleisch und Blut einfach undenkbar und die von ihnen veröffentlichten Artikel beweisen übrigens durchweg schlagend, daß sie als temperamentvolle Parteiläufer schreiben.

Nationalversammlung.

Weimar, 11. März. (Vor unserm Vertreter.) Das Plenum der Nationalversammlung erledigte heute eine Anzahl kleiner Entwürfe und die Interpellation der Deutschnationalen über die Einträge der Einseitigen in den Religionsunterricht der Schule.

Vor Beginn der Verhandlungen wählte der Präsident eine Worte des Gedankens für den in Halle bestialisch ermordeten Oberleutnant von Klüber.

Nach Eröffnung der Neinen Anfragen erhielt der Abg. Dr. Hanna das Wort zur Erörterung der Interpellation der Deutschnationalen über das Verhältnis von Staat und Kirche.

Völkerbund - Siegerbund - Germanenbund.

Vermutlich wird der Presschef im Weißen Hause zu Washington dem Präsidenten Wilson wohl inzwischen eine recht stattliche Sammlung von Zeitungstimmen aller Herren Länder über den unmittelbar vor Wilsons Abreise veröffentlichten Völkerbund-Entwurf unterbreitet haben.

Die Presseorgane im Verbands hat aber auch verlangt. Wie konnten sonst die großen französischen Blätter, wie „Temp“, „Figaro“ und „Journal des Debats“, mit lauter Genugtuung verkünden, daß der Bund der Nationen tatsächlich doch nur eine Liga der fünf gegen Deutschland kriegführenden Großmächte sein würde.

Wichtiges des Reichsministeriums des Innern anwesend war. Der Präsident glaubt, daß das Haus sich deshalb verweigern dürfte. Reichstagspräsident Dr. Brüning über die Interpellation beraten habe und er bereit sei, eine schriftliche Erklärung zu verlesen. Infolgedessen sollte man die Beratung fortsetzen. Die Erklärung der Regierung war sehr kurz. Sie enthielt nur die Tatsache, daß die Reichsregierung im Augenblick, solange die Verfassung noch nicht fertig ist, kein Mittel in der Hand hat, in der zur Debatte stehenden Frage auf die Einzelstaaten einzuwirken. Das Haus beschloß nach dieser Erklärung die Befragung der Interpellation. Als erster erhielt ein mehrheitssozialistischer Abgeordneter aus Hamburg das Wort. In fast 15ständiger Rede beschäftigte er sich mit allen Einzelheiten des Problems. Verschiedene Male mußte der Präsident ihn zur Ordnung rufen, wenn er in das Gebiet der Religionsphilosophie gelangte. Man hatte ursprünglich beabsichtigt, die Interpellation bis 2 Uhr durchzuführen und den Nachmittag freizulassen. Infolge der langen Rede des mehrheitssozialistischen, dem dann der Dampfschiff-Kaufmann folgte, mußte man eine Mittagspause einlegen lassen. Erst um halb 3 Uhr wurde der Hauptauschuß der Verfassungsausschuß und das Plenum tagen.

Sozialisierungsgesetz und Kohlegesetz.
 Weimar, 11. März. (Von unserem Vertreter.) Der Hauptauschuß der Nationalversammlung hat am Montag abend die 2. Lesung des Sozialisierungsgesetzes zu Ende geführt.

Der § 1 der Regierungsvorlage wurde in der Fassung der ersten Lesung wieder angenommen. Beim § 2 entwickelte sich abends eine längere Aussprache über die Frage der Entschädigung bei Enteignungen. Auf Antrag der Demokraten wurde beschlossen, in das Gesetz folgende Worte einzufügen: „angemessene Entschädigung“. Die nähere Regelung soll einem besonderen Reichsgesetz vorbehalten bleiben. Am § 4 wurde das in erster Lesung eingefügte Wort „Kohl“ gestrichen.

Eine längere Aussprache entwickelte sich dann über die Frage, wie weit das Gesetz das besetzte Gebiet betreffen soll. Der Reichsminister erklärte, daß er bis zu Beginn der Verhandlungen im Plenum sich über die juristischen Grundlagen genau informiert haben würde. Das Gesetz wurde dann in zweiter Lesung endgültig angenommen. Es wird am Mittwoch und Donnerstag in 2. und 3. Lesung im Plenum beraten werden. Gleichzeitig befaßte sich der Hauptauschuß auch mit dem Kohlegesetz. § 1 wurde gestern abend noch angenommen. Die weiteren Verhandlungen wurden dann auf heute nachmittag 5 Uhr vertagt.

Die Lage in Berlin.

Ein Angriff auf Lichtenberg durch Regierungstruppen beabsichtigt.

Berlin, 10. März. (BB.) Um 6 Uhr abends wird mitgeteilt: Reutlingen ist bis zur Ringbahn von den Regierungstruppen besetzt. Nach Norden verläuft die erreichte Linie über den Schleswiger Bahnhof, Friedrichshagen, Güterbahnhof-Nord und Nordgrenze von Moabit. Die Durchführung der Entwaffnung macht gute Fortschritte. Ein Angriff auf Lichtenberg ist beabsichtigt, der Zeitpunkt hierfür kann noch nicht angegeben werden.

Berlin, 11. März. (Von unj. Berl. Büro.) Die Mitteilungen von den spartakistischen Blutaten sind von der „Freiheit“ bezweifelt worden. Es wird daher ein Kommando zur Verhinderung der von den Spartakisten in bestialischer Weise durchgeführten Mordtaten, und Militärpersonen erscheinen. Die Liste der Militärpersonen wird wohl noch im Laufe des heutigen Abends bekanntgegeben werden. Auch der Berliner Volksrat scheint sich diesen Zweifeln anzuschließen. Er hat — auf welchem Wege ist nicht ersichtlich — eine Streife nach dem militärisch abgesperrten Lichtenberg unternehmen und dabei eine Art Protokoll aufgestellt. Nach allem, was wir von dem Berliner Volksrat wissen, ist zu vermuten, daß er damit dem ordentlichen Gerichtsverfahren in den Arm hat fallen und selbst hat Untersuchungsrichter spielen wollen. Mit allem Nachdruck wird darum festzustellen sein, daß der Volksrat dazu in keiner Weise legitimiert war. Im übrigen möchten wir annehmen, daß die Zahl der wenig zur Sache tut. Auch wenn nur ein Schutzmann und ein Soldat von den spartakistischen Mordhäusern getötet worden wäre, bliebe die Tat genau dieselbe.

Demobilisierung in Leipzig.

Leipzig, 10. März. (BB.) Der Arbeiter- und Soldatenrat erließ eine Befehlsbefugnis, in der die Arbeiter, nachdem der Generalstreik beendet und die Gefahr des Einmarsches fremder Truppen beenden ist, aufgefordert werden, die ihnen ausgehändigten Waffen und Munition sofort wieder abzugeben. Ebenso schnell wie die Bewaffnung müßte auch die Entwaffnung erfolgen. In einer weiteren Befehlsbefugnis werden die Einschränkungen des Personenverkehrs auf den Straßen, der bisher von 9 Uhr abends bis 5 Uhr früh verboten war, und die Festsetzung des Vorkaufs auf 8-4 Uhr aufgehoben. An der Nacht zum Montag kam es namentlich in der Oststadt mehrfach zu lebhaften Schießereien. Personen wurden aber anscheinend nicht verletzt. Im Laufe des heutigen Tages wurde der Zugverkehr allerdings nur in beschränktem Umfang wieder aufgenommen.

Eine wahnsinnige Tat.

München a. Ruhr, 11. März. (B. B.) Eine wahnsinnige Tat haben die Hochsenarbeiter der Friedrich-Wilhelms-Hütte der Deutscher-Baugewerkschaft beangen, indem sie infolge Differenzen bei der Lohnzahlung sämtliche Hochöfen ausdieseln. Dieses Vorgehen, das dem Werk ein Vermögen kostet, wurde von der revolutionären Arbeiterschaft und den hinter ihnen stehenden Parteien in einer außerordentlichen Versammlung ausdrücklich verurteilt. Die Parteien lehnten jede Verantwortung ab.

Zum Zustand in Schlesien.

Bräun, 11. März. (BB.) Im Zustand befinden sich gegenwärtig 30 Grubenbetriebe mit ungefähr 20000 Mann und 3 Hüften, die Laurahütte, das Borshawerk und die Lausibütte. Wilsch haben sich die Arbeiter nur widerwillig dem Ausland angeschlossen. Von einem Generalstreik kann keine Rede sein.

Aus dem Parteileben.

Parteitag der Deutschen Volkspartei, Landesverband Hessen.
 Frankfurt a. M., 10. März. Gestern trat hier der Parteitag der Deutschen Volkspartei (früher Nationalliberale Partei) zusammen. Männer und Frauen waren sehr zahlreich erschienen. Abg. Dr. Jann begrüßte die heimliche Versammlung. Einen besonderen Gruß richtete er an die treuen Freunde in Rheinpreußen, die ein so schweres Schicksal mit Würde tragen. Dann aber hieß es besonders willkommen die Frauen und die Jugend, die doch auch die Jungliberale Bewegung in Hessen vollständig zur Volkspartei übergegangen. Der Traum der Revolution ist durchs Land gegangen, mancher hat ihn nicht handgehalten, sondern ist von unsen Jahne abgewinkt. Aber wir haben mit allen unseren Rationen im Wahlkampf recht gehabt: die Sozialisierung ist auf dem Marsch und damit eine Bahn beschritten, die nicht zum Guten führen kann. Umso fester wollen wir zu unserem Programm stehen. Mancher behauptet heute, daß wir den alten schönen nationalliberalen Namen abgelegt haben. (Lobliches Gekirren) Wir hatten im Wahlkampf einen schweren Stand. Die Einzelungsverhandlungen haben uns wertvolle Wochen gekostet. Offenbar und Raing gingen uns verloren, aber es war doch bewegend und erhebend, wie sich dort sofort Männer und Frauen fanden, die das alte Banner neu aufzickten. (Beifall) Der alte gute Stamm ist uns doch trotz Unruh der Zeit treu geblieben. Jetzt ist nötig: Festigkeit und Ber-

trauen. Am Reich und Lande sehen wir in der Lage der Opposition. Wir treiben sie nicht um ihrer selbst willen, wir sind keine Partei der Reaktion. Aber wir wollen unsere Finger fest auf die vielen Wunden dieser Zeit und dieser Regierung legen. (Beifall.) Viele alte tatsächliche Rücksichten nach rechts können nun weggelassen, wir sind eine selbstständige Partei mit klaren Grenzen nach rechts wie nach links. So setzen wir in trüber Zeit doch für unsere Partei mit der Ruhe des guten Gewissens zuversichtlich in die Zukunft (Lebhafter Beifall.)

Vor der Wahl des Landesvorsitzenden gab Dr. Jann bekannt, daß er aus persönlichen Gründen eine Wiederwahl ablehnen müsse; darauf wurde Landtagsabgeordneter Rechtsanwalt Ed. Dingeldey-Darmstadt zum Vorliegenden gewählt und Dr. Jann für seine aufopfernde, selbstlose 15jährige Tätigkeit als Parteivorsitzender von allen Seiten wärmster Dank zuteil. Ueber die politische Lage im Reich und in Hessen gibt Abg. Dingeldey einen gedrängten Bericht. Er weist auf die Reden der Herren Oberst, Scheidemann und Erzberger hin und auf das neue Gesetz, das die Sozialisierung einleiten soll. Auch die Lage in Hessen gibt kein erfreuliches Bild. Die Autorität wird untergraben, anstelle der gepflegten Freiheit ist Parteierzwingung, an die Stelle der Sachlichkeit ist die Phrasen getreten. Die Parteien der Weichheit haben ein förmliches Spiel um Ministerposten getrieben. (Zustimmung.) Die Kräfte des Ministeradvisors für das Bildungswesen sind ein starkes Stück der Eigenmächtigkeit. Demgegenüber ist unsere Haltung klar vorgezeichnet. Nach rechts und links selbstständige Politik treibend, wird die Deutsche Volkspartei ihre Aufgabe erfüllen, am deutschen Gedanken arbeitend, die Freiheit der Persönlichkeit schützend und für alle sozialen Fragen volles Verständnis bringend.

In die mit anhaltendem Beifall ausgenommenen Ausführungen schloß sich eine Aussprache, an der sich u. a. die Herren Prof. Koloff, Giesen, Prof. Dr. Reisinger, Dr. von Bredow, Generaldirektor Rauhmann-Güldenheppenheim, Dr. Fiedler-Sprendlingen, Direktor Ribbus-Burgberg beteiligten. Mit Dankworten wurde darauf der Parteitag geschlossen.

München, 11. März. (Priv.-Tel.) In einer Münchener Bezirksversammlung der Deutschen Volkspartei in Bayern (Deutschdemokratische Partei) wurde gestern abend eine an die Landespartei zu richtende Entschließung gefaßt, in der mit Rücksicht auf die häufige Verwechslung mit der Deutschen Volkspartei im Reich ersucht wird, alsbald den Namen der Deutschen Volkspartei in Deutschdemokratische Partei umzuwechseln.

Die Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Die neuen Verhandlungen in Brüssel.

Paris, 11. März. (BB.) Admiral Wemyss ist nach Brüssel abgereist, wo er mit der deutschen Kommission zur Fortsetzung der in Spa unterbrochenen Verhandlungen zusammentreffen wird. Der Admiral begibt sich allein nach Brüssel und ist mit den nötigen Vollmachten ausgerüstet. Bei den am Mittwoch in Brüssel beginnenden Verhandlungen über die Uebergabe der deutschen Handelsschiffe werden die Alliierten durch Admiral Hope vertreten sein.

Der erste Lebensmitteltransport von der Entente (300 Tonnen Weiz) ist, wie uns die Mannheimer Lagerhaus-Gesellschaft mitteilt, mit dem Elgüterdampfer „Industrie 3“ von Rotterdam am 7. März nach Duisburg abgegangen. Derselbe Gesellschaft erhielt heute ein weiteres Telegramm, wonach in dieser Woche größere Partien Lebensmittel nach Deutschland unterwegs sind.

Die Friedenskonferenz.

Die Entwaffnung Deutschlands.

Paris, 11. März. (Havas.) Der Oberste Kriegsrat setzte, wie in einem Bericht der diplomatischen Lage ausgeführt wird, am Montag nachmittag den endgültigen Status über die Entwaffnung Deutschlands nach dem von hoch eingereichten Bericht fest. Deutschland darf nur etwa 10000 Mann, die für eine Periode von 12 Jahren auf Grund des freiwilligen Systems rekrutiert werden, mit den entsprechenden Kadres Geschützen, Maschinengewehren und Gewehren, deren Zahl angegeben wird, behalten. Das führen einer Kriegsschiffe ist ihm unterliegt und darf nur noch 5000 Seedoloten behalten. (Vor einigen Tagen ließ es nach Deutschland dürfen 20000 Mann halten. D. Schriffl.) Es wird ihm erlaubt, einige Flugzeuge zu behalten. Die das vorgezeichnete Maß überschreitenden Korridore an Material und Munition sind zu zerstören und dürfen von den Kriegesbetriebern nicht ersetzt werden. Der endgültige Wortlaut wird heute nachmittag vor einem Revisionsausschuß festgelegt, der aus einem Alliierten und einem Alliierten der Großenächte bestehen wird. Der Text wird am Mittwoch vom Obersten Kriegsrat endgültig angenommen werden.

Sodann beschloß der Rat, daß die kleinen Mächte die Finanzkommission mit 5, die Wirtschaftskommission mit 7 Vertreter beschicken sollen. Es werden diejenigen europäischen Mächte, die am Krieges beteiliget waren, sowie Brasillen vertreten sein. Die übrigen Mächte mit begrenzten Interessen werden geböt werden, wenn ihre Interessen zur Sprache kommen.

Der Rat hat sich heute mit dem Protest der Tschechoslowaken gegen das bolschewistischen Treiben der Ungarn befaßt und die schleswigsche Angelegenheit erörtert. Am Mittwoch und Donnerstag wird die Frage der Ost- und Westgrenze Deutschlands erörtert werden. Am Samstag glaubt der Rat mit der Regelung der Entschädigungsfrage beginnen zu können.

Takt über den Völkerbund.

Paris, 10. März. (BB.) Havas. Der Vertreter des „Matin“ in Newport hatte eine Unterredung mit dem ehemaligen Präsidenten Takt über den Völkerbund. Takt ist der Ansicht, daß durch den Völkerbund die Wahrscheinlichkeit weiterer Kriege fast völlig beseitigt wird. Er begrüßt die Verlegung, die Frankreich als Nachbar Deutschlands begehrt, bemerkt aber, daß die Vereinigten Staaten dem Vorhaben einer die Ostgrenze überschreitenden internationalen Polizei nicht zustimmen könnten, da die nationalen Kräfte erst nach erfolgter Kriegserklärung dem Befehl des Führers des Völkerbundes unterstellt werden könnten. Takt steht dem Wunsch Frankreichs, den Völkerbund so stark wie möglich zu machen, sympathisch gegenüber, bezweifelt aber, daß Deutschland den Angriff von 1914 wiederholen könnte, da sich die Verhältnisse Deutschlands vom Grund aus geändert hätten. Takt erklärte weiter, er glaube, daß der in Paris aufgestellte Pakt von den Vereinigten Staaten unter der Bedingung ratifiziert wird, daß eine Revision im Sinne der Monroe-Doktrin erfolgt, welche Revision dem allgemeinen Geiste des Projekts inbegriffen sei. (Eintrag tun würde. Die Vereinigten Staaten würden sich einem Bund nicht anschließen können, der ihnen bei der Ausübung der Polizei in Europa nicht das Zutun mitwirken mit anderen amerikanischen Nationen sichern würde.) Takt erklärte sich einverstanden mit der Verhängung des wirtschaftlichen Boykotts über die Verleher des Pacts, doch ist er gegen die Anwendung von Waffensengewalt. Er wünscht die Aufnahme einer Bestimmung, die jeder amerikanischen Nation verbietet würde, sich ihrer Unabhängigkeit oder eines Teils ihres Gebietes zu entäußern. Betreffend der Gültigkeitsdauer des Pacts wäre ebenfalls eine Bestimmung aufzunehmen und ferner eine Bestimmung,

daß jede Nation ihren Austritt aus dem Bund erklären kann. B. mit zweijähriger Kündigungsfrist. Der frühere Präsident regte noch einige andere Verbesserungen an, die jedoch an dem Geiste des Vertrages nichts ändern würden.

Paris, 11. März. (BB.) Wie verkauert, kommt die Kommission zur Untersuchung der Verantwortlichkeit in ihrem Bericht zum Schluß, daß unter den heutigen internationalen Gesetzen der frühere Deutsche Kaiser und seine Ratgeber nicht vor ein Gericht gestellt werden können.

Letzte Meldungen.

Deutsche Kriegsgefangene von ihren Auffsehern gefeilt.

Berlin, 11. März. (Von unserem Berliner Büro.) Ein Holländer, der das gestörte Gebiet in Nordfrankreich besetzt hat, hat dort gänzlich verbotene deutsche Kriegsgefangene bei den Aufbaubarbeiten getroffen, die von den Auffsehern gefeilt wurden. Der mitreisenden Kamerader gab er ihre lebhaften Entzückung kund. Es wird gemutet, diese Schändtaten niedriger zu büssen.

Verhandlungen wegen Bauens eines Tunnels unter dem Kermellkanal.

London, 11. März. (B. B.) Im Unterhaus erklärte Bonar Law in Beantwortung einer Anfrage, er sehe mit Lord George in Verbindung wegen der der französischen Regierung zu unterbreitenden Vorschläge, unerschlossen mit dem Bau eines Tunnels unter dem Kermellkanal zu beginnen, um für die entlassenen Soldaten eine neue Arbeitsmöglichkeit zu schaffen.

Die Proger Angelegenheit.

Berlin, 11. März. (Von unserem Berliner Büro.) Zu der unerfreulichen Angelegenheit des Dr. Schwarz, der in Prag als deutscher Bigonial amtierete, scheint sich harmloser zu entwickeln, als ursprünglich vielfach angenommen worden war. Das Material, auf das hin die tschechische Regierung Herrn Schwarz den Strick drehen wollte, ist offenbar nicht übermäßig belastend. Jedoch ist die tschechische Presse allmählich von diesen Dingen in Kenntnis gesetzt worden. Festzuhalten bleibt trotzdem, daß Herr Schwarz bei übrigen nicht Berufsdiplomant ist — er ist von Hause aus Kaufmann und hat während des Krieges im Auslanden Amt als sogenannter militärischen Hilfsdienst geleistet — alles, was er in Prag unternehmen haben mag, auf eigene Hand getan hat, das Auswärtigen Amt hat an diesen Unternehmungen des Herrn Dr. Schwarz gar nicht den geringsten Anteil. Es trifft auch nicht zu, daß unser Generalkonsul aus Prag ausgemittelt worden ist. Der ganze Zwischenfall dürfte demnächst wohl erledigt sein.

Aufhebung der schweizerischen Exporteinkaufungen.

Bern, 11. März. (BB.) Meldung der schweizerischen Pressen-Agentur. Von aut unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß voraussichtlich in wenigen Wochen die Exportbeschränkungen für die schweizer Industrie zum mindesten sehr stark gemildert, wahrscheinlich aber fast ganz aufgehoben werden. Formalitäten für den Transitverkehr bei Verwendungen nach dem Norden sollen in diesen Tagen verbant werden.

Zusammentritt der preussischen Landesversammlung am Donnerstag.

Berlin, 11. März. (Von unserem Berliner Büro.) Das preussische Staatsministerium, das am Samstag und gestern wieder tagen abhielt, hat sich nun doch entschlossen, es bei dem Zusammentritt der preussischen Gesandten in den Landes-Versammlung am Donnerstag zu belassen. Freilich werden die im Osten Gemäßigten bei den gegenwärtigen Verhältnisse kaum der Eröffnungsfeier beizuwohnen können.

Kritische Lage in der Ukraine.

Genf, 10. März. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Von ukrainischer Seite liegen Berichte vor, daß die Lage in der Ukraine sehr kritisch ist. Es haben sich zwei bolschewistische Armeen gebildet, von denen die eine gegen Odessa, und die andere gegen Winiza marschiert.

Liebenwerda. 11. März (BB.)

Am Montag wurde die im städtischen Rathaus untergebrachte Kammereisaffe von mehreren unbekannten Männern ausgeraubt. Der Raubsumme wurde durch Schläge auf den Kopf bethäubt und gefesselt. Den Räubern stelen 40000 Mark in die Hände.

Berlin. 11. März. (Von unserem Berliner Büro.)

Die sozialdemokratische Fraktion der verfassunggebenden preussischen Nationalversammlung ist heute zu ihrer ersten Sitzung zusammengetreten. Mit der Leitung der Verhandlungen ist der Abgeordnete Reiner beauftragt.

Handel und Industrie.

Mannheimer Elektro-Börse.

Sehr fest lagen heute wieder industrielle Werte. Namhaft höher sind u. a. Anilin, Chem. Fabrik Goldenberg, Benz, Wagnfabrik Fuchs, und Zellstofffabrik Waldhof. Von Bankaktien waren höher gesucht: Rhein, Hypothekenbank und von Versicherung-Aktien sind Württ. Transport-Versicherungs-Aktien besonders.

Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt, 11. März. (Priv.-Tel.) Die innerpolitische Lage schien heute beruhigter anzunehmen, die Unternehmungslust blieb aber beschleunigt, da die Berliner Börse auch heute geschlossen ist. Die Notierungen hielten sich fast durchweg auf dem gestrigen Stand, immerhin war jedoch fast auf sämtlichen Marktgebieten vorwiegend Kaufinteresse zu bemerken. Am Montanaktienmarkt war die Tendenz unregelmäßig. Geleisenaktien etwas fester, 154^{1/2}, dagegen schwächten sich Phönix-Bergbau ab. Oberschlesische Eisenbedar verloren gegen den Stand der Abendbörse 3^{1/2}. Allgemein fest war die Haltung der Transportwerte, wo besonders Lombarden lebhafter umgesetzt wurden. In Schanung-L. B. 126 fanden ebenfalls größeren Umsätze statt. Geseucht waren ferner orientalische R., w. und Prinz Henric. Grosses Interesse begegneten Schiffahrtsaktien, wobei Deutsch-Luxemburger bevorzugt wurden. Unter den Industriewerten trat etwas Kaufinteresse für Chemische Aktien hervor. Badische Anilin, Farbwerte Höchst, Elektron-Griesheim, wurden besser bezahlt. Nachfrage bestand für Schuchert, Daimler-Motoren schwächten sich etwas ab, gingen aber im Verlauf wieder mäßig nach oben. Bankaktien behaupteten den Kursstand. Am Einheitsmarkt war die Kursgestaltung für Wagn- und Maschinenfabriktaktien. Auf dem Rentenmarkt lagen deutsche Kriegsanleihen behauptet. Für Pfandbriefe und Schuldverschreibungen machte sich heute ein Gehör geltend. Von fremden Fonds schwächten sich Pfandbriefe ab, dagegen bestand für Pfandkupons Kaufinteresse bei anziehenden Preisen. Unter den Kolonialpapieren fanden Neu-Guinea Beachtung, 170 Geld. Das Geschäft blieb auch im weiteren Verlauf ruhig, doch schloß die Börse mit Ausnahme von Montanpapieren, welche schwache Haltung bewahrten, ziemlich fest. Privatdiskont 3 1/2, und darunter.

Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 11. März. (Devisenmarkt.)

Auszahlungen für:	11.	10.
	Geld	Brief
Konstantinopel	392.00	392.50
Holland 100 Gulden	253.00	253.00
Dänemark 100 Kronen	253.00	253.00
Schweden 100 Kronen	275.75	276.25
Norwegen 100 Kronen	275.75	276.25
Schweiz 100 Franken	264.75	265.25
Oest.-Ungarn 100 Kronen	205.75	206.25
Spanien	48.70	48.80
Bulgarien 100 Lwa	159.—	160.—
Helgeland	98.25	98.75

Aus Stadt und Land.

Lohnbewegung der Straßenbahner.

Der niedrigst bezahlte städtische Arbeiter bekommt pro Tag 2,10 M., das sind jährlich 3161,30 M. Der Straßenbahner bekommt laut Gehaltstabelle Anfangsgehalt 2000 M., dazu erhält er im 1919 eine monatliche Zulage von 30 M. bzw. jährlich 360 M. ...

Die am Samstag, 8. März im „Rodensteiner“ tagende öffentliche Straßenbahnerversammlung nimmt unter Protest von dem Beschluß des Stadtrats Kenntnis, bei dessen Annahme der Straßenbahner schlechter gestellt wäre, als der niedrigst bezahlte angelernte städtische Arbeiter. ...

Derzeit wurden Hauptlehrer Karl Well an der Gewerbeschule in Singen a. N. in gleicher Eigenschaft an die gewerbliche Fortbildungsschule in Ebingen, Handelslehrer Hugo Kaff an der Fortbildungsschule in Karlsruhe in gleicher Eigenschaft an jene in Pforzheim, Hauptlehrer Emil Feuerer an der Gewerbeschule in Pforzheim in gleicher Eigenschaft an jene in Baden und Gewerbelehrer Paul Flebattel an der Gewerbeschule in Baden in gleicher Eigenschaft an jene in Pforzheim. ...

Aufhebung der Militärjährzeits. Nach einer Verfügung des Kriegsministeriums vom 25. Febr. 1919 treten die bisherigen Militärjährzeits mit dem 3. März 1919 außer Kraft. ...

Das Projekt des Ehrenfriedhofs für unsere Krieger findet, wie bereits man uns, in manchen Einzelheiten durchaus nicht unangelegentlich Beifall. Schon die Zusammenkunft von Freund und Feind ist mit gemischten Empfindungen aufgenommen worden. ...

unter dem gleichmachenden Banner des Todes wäre damit doch zum Siege verholfen gewesen. Andererseits wäre dadurch das Aufleben der einzelnen Grabstätte erleichtert und größere Uebersichtlichkeit erwirkt worden. ...

Verhaftungen. Ein vierter Teilnehmer an dem Raubüberfall in Löhle-Rimbach, der Herrseuer Adam Jöst, wurde jetzt hier ergriffen. ...

Polizeibericht vom 11. März. Zeichenfälschung. Gestern Vormittag wurde aus dem Redar gegenüber des Krankenhausneubaus eine bis jetzt noch unbekannt weibliche Person gefangen, die etwa 8 bis 14 Tage im Wasser gelegen haben mag. ...

Um sachdienliche Mitteilungen über die Persönlichkeit der Unbekannten an die Schutzmannschaft wird gebeten. Aufgefunden Geldkassette. Am 9. ds. Mts. Vormittags wurde in dem Garten Windbestraße 57 eine aufgedroffene Geldkassette aufgefunden. ...

Aus dem Lande. Schwelchingen, 10. März. Auch bei uns mehrten sich die Diebstähle in erschreckender Weise. ...

Heidelberg, 10. März. Am Montag, den 24. Februar, vormittags, wurde, wie wir i. Zt. meldeten, die 47 Jahre alte Witwe Marie Ziller in ihrer Wohnung (Untere Redarstraße 80) mit schweren Verletzungen im Gesicht und am Kopf aufgefunden. ...

Wahlhausen bei Wiesloch, 9. März. Wie wir in der „Wiesl. Ztg.“ lesen, hatte das Erzbischöfliche Ordinariat Neuen von dem „Sportklub Heidelberg“ unterzeichneten Drahtrief erhalten, in welchem die sofortige Verlegung des Pfarrers Geller aus Wahlhausen verlangt wurde. ...

Wahlheim, 9. März. In einer Zusammenkunft der Bürgermeister der Gemarkungsorte im hiesigen Rathaus hielt Stadtbaurat Ruzuf aus Heidelberg einen weitläufigen Vortrag über Gasfernverföhrung. ...

110er Grenadiere!

Das Vaterland ist in Gefahr! Kleine Gruppen wollen mit Gewalt die Herrschaft an sich reißen. Unser Deutsches Volk will eine feste Regierung, die die Masse des Volkes vertreten kann.

Wenn, die das Vaterland in schweren Kriegsjahren gegen äußere Übermacht verteidigt haben, ist jetzt Gelegenheit gegeben, für die innere Ruhe im Lande einzutreten. Ihr alten 110er, die Ihr nicht durch langsame Arbeit festgehalten seid, laubert nicht! Meldet Euch freiwillig zu Eurem alten Truppentheil, der mit Einverständnis der Reichsregierung und der Reichsregierung Euch jetzt ruft.

- Das Regiment stellt in besonderen Formationen Freiwillige unter folgenden Bedingungen ein:
a) Felddienstfähigkeit
b) Kriegstrübenföhrung
c) Verpflichtung zu strenger Disziplin und Untereordnung
d) Unverändertem Dienstzeit
e) Verpflichtung zum Schutze Badens und des Deutschen Reiches
f) Beföhrung:

Für Offiziere: Gehalt, Wohnungsgeld, Tenerringszulage, Demobilisierungszulage. Berechtigung zur Teilnahme an der Truppentafel ohne Brot. Geldentschädigung für Selbstbetöftigung wird nicht gewährt.

Für Unteroffiziere und Mannschaften: Löhnung nach Dienstgraden, mindestens 30 Mark monatlich. Tägliche Zulage von 4 Mark. Freie, reichliche Verpflegung.

Urlaub: 14 Tage in jedem halben Jahre. Einmonatliche Stöndigungsfrist bei 14tägiger Probeföhrungszeit. Entlassungsanzug und Mäntel sind mitzubringen. Bei Wiederentlassung steht Urlaub zu.

Schematische Angehörige des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 249 und Infanterie-Regiments Nr. 469 werden ebenfalls eingestellt.

Werbungen und Anfragen an Grenadier-Regiment Nr. 110, Heidelberg (alte Kaserne).

Pilo nichts als Pilo. Schuhkrem Pilo ist überall erhältlich. E211

Last-Auto. Für junge Eheleute. Teleg. kompl. Speisezimmer. WOLF, Waldhof, Hubenstraße 20.

Schmecken Sie Ihren Hut mit meinen echten Strausfedern „Brunhilde“. Ernst Lange, Düsseldorf.

Bücher-Revisionen. Bilanzen, Organisationen und alle Treuhändergeschäfte. Sudd. Finanz- und Bücher-Revisions-G. m. b. H.

Günstige Schuhbesöhlung Gummi-Sohlen. Besonders für die wässralten Monate geeignet. 5. Tomberg & Co., G 2, 12.

Farbbänder Kohlepapiere Vervielfältigungs-Zubehöhr. Heinz Meyne, Bürosinrichtungen.

Frauenleiden aller Art. Behandlung nach Thure-Brandt. Frau Rosa Schäfer.

Humorist. böhngemantel, für Sonntag, den 16. März gedücht. Angebote unter G. U. 45 an die Geschäftsstelle d. Zt.

Deutsche liberale Volkspartei Mannheim. Politisches Seminar. Mittwoch, den 12. März, nachm. 5 1/2 Uhr, in der Geschäftsstelle C 3, 21/22 (Café Oper) Vortrag Herr Geh. Reg. Rat Ludwig Mathy über: Die Stellung der Parteien zur Religion

Kriegshinterbliebene, Kriegseltern organisiert Euch! Am Donnerstag, 13. März, abends 7 1/2 Uhr

Öffentl. Versammlung Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehem. Kriegsteilnehmer. Am Donnerstag, 12. März, abends 7 Uhr

Öffentl. Schreinermeister-Versammlung. Am Mittwoch, 12. März, abends 7 Uhr

Institut für Gesichtspföge. P 5, 13. Geschw. Steinwand.

Uhren. Werden genau, gut und billig repariert unter Garantie. Glöthner-Sommer, Q 4, 1, 11

Beseftigung von Gesicht- und Nasenleiden. Holten, hobien Wangen und Schläfen „Sölgföschchen“

Zahnweh-Tropfen helfen schnell u. sicher. F. M. L. - Leita

Klavier. Junger, begabtes Fröulein sucht zur Beschöfung als Söngerin u. Gesöngföhrer. Th. v. Eichstedt, N 4, 13/14.

